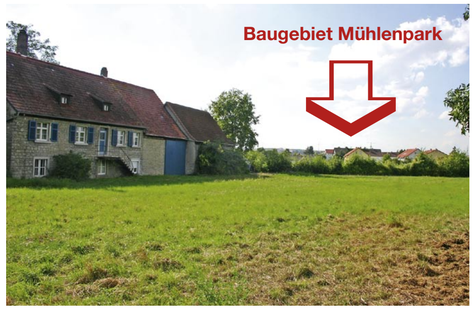
Wenn Bürger verzweifeln

Die unendliche Geschichte des Mühlenparks

Als sich 2011 einige Investoren zusammentaten, um das Areal neben der Galgenmühle und auf der Fläche des ehemaligen Sägewerks Goller an der Armin-Knab-Straße zu verwerten, konnten diese nicht ahnen, welche Geisterfahrt ihnen bevorstehen würde.

Auch wenn am Anfang die Projektidee im Stadtrat grundsätzlich begrüsst wurde und zunächst alles zügig voranging, so steckt der Karren mittlerweile so tief im Morast bürokratischer Verhinderungsmechanismen, dass die Initiatoren ernsthaft erwägen ihr Vorhaben in einer anderen Gemeinde umzusetzen.



Auf dem Gelände neben der Galgenmühle soll ein Seniorenwohnheim zusammen mit 25 seniorengerechten Wohnhäusern entstehen

Die Vorstellung auf dem Areal ca. 25 seniorengerechte Wohnhäuser und eine Seniorenwohnanlage entstehen zu lassen, stieß – wie gesagt – im Stadtrat auf wohlwollende Zustimmung und ließ auf eine baldige Umsetzung hoffen. Das war 2011. Das Planungsteam begann umgehend mit der Ausarbeitung eines Bebauungsplanes für das Gelände und wurde alsbald mit diversen Problemen konfrontiert. Dass bei einem solchen Projekt unterschiedliche Positionen miteinander abgeglichen werden müssen, ist ja normal. Bereitwillig reagierten die Betreiber der Mühlenpark GbR auf die neuen Herausforderungen und bemühten sich Abhilfe zu schaffen und den Vorstellungen der Verwaltung nachzukommen.

Erschließung privat statt städtisch

Ein Teil des Vorhabens betrifft auch die Erschließung der neuen Gebäude mit Straßen, Kanal und den üblichen Versorgungsleitungen. Dies alles soll aber nicht die Stadt leisten und bezahlen, sondern die Bauträgergesellschaft Mühlenpark. Solche Vereinbarungen brauchen natürlich Verträge, die sog. städtebaulichen Verträge. Hier besteht auch in den meisten Punkten Übereinstimmung.

Aber vor nicht allzu langer Zeit verlangte die Stadt plötzlich von den Bauwerbern eine Bankbürgschaft in Höhe der Erschließungskosten (ca.1,5 Mio Euro), wo zunächst nur von 20.000,- Euro die Rede gewesen war. Das wirbelt die Finanzierung des Gesamtprojektes komplett durcheinander. Warum brachte die Stadt nicht bereits im Laufe der ausgiebigen Vorverhandlungen, bevor die Projektanten erhebliche Summen investiert hatten, eine solche >*unabdingbare Sicherheitsleistung*< ins Gespräch? Das kann keiner in der Verwaltung schlüssig beantworten.

Viel Lärm um wenig Lärm

Die zum Bebauungsgebiet benachbarte Sportanlage birgt zusätzlichen Sprengstoff. Einige Stadträte befürchten, dass der Betrieb der Sickersporthalle durch das neue Baugebiet infrage gestellt werden könnte und werden nicht müde zum x-ten Mal die schrecklichsten Konstellationen an die Wand zu malen. Zum Beispiel (und das ist kein Scherz!): »*Und was wäre, wenn der Handballverein in die Bundesliga aufsteigt und plötzlich 10.000 Zuschauer an der Sickerhalle ihr Auto abstellen?*« Tatsache ist, dass die Genehmigung der Halle nur mit 70 Parkplätzen erfolgte. Und genau diese Anzahl ist die Grundlage mehrerer Lärmgutachten, die letztendlich zu dem Schluss kommen, dass die Ausweisung des Neubaugebietes mit der bestehenden Halle vereinbar ist. Diese Feststellung der Immissionsbehörde findet aber bei den Kritikern keine Zustimmung. Sie bohren weiter und verhindern somit jeglichen Fortschritt des Projektes.

Wettlauf gegen die Zeit

Die Investoren stehen nicht zuletzt auch aus Termingründen unter Strom. So wartet im Hintergrund z.B. das Diakonische Werk dringlichst auf die Fertigstellung des geplanten Sela-Seniorenhauses im Mühlenpark, um dieses zur Entlastung für die Bewohner des Frida-von-Soden-Hauses in der Kanzler-Stürtzel-Straße zu nutzen, dessen überfällige Sanierung endlich beginnen soll. Zum Konzept des Sela-Hauses gehört auch ein Bereich mit sog. »Servicewohnen«, der es Senioren ermöglichen soll eigenständig zu wohnen und nur bei Bedarf Leistungen des Seniorenhauses in Anspruch zu nehmen. Auch hier warten schon Interessierte genauso wie Bauwillige, die sich auf dem restlichen Gelände des Mühlenparks ein Haus errichten wollten. All diese Leute müssen die Projektbetreiber nun immer wieder vertrösten, auch auf die Gefahr hin, dass diese ungeduldig werden und sich anderweitig orientieren.

Wer ist Kaiser, wer ist Bettelmann in Kitzingen?

»Bettelmann« sind eindeutig die Bauwerber, die nach den vielen Besprechungen immer mit dem Gefühl entlassen wurden, jetzt seien endlich alle Kritikpunkte einer Lösung ganz nahe und einer baldigen Genehmigung des Vorhabens stünde nun nichts mehr im Wege. Doch immer wieder taten sich neue Klippen auf, die es zu umschiffen galt, bis hin zu der unerwarteten Bankbürgschaftsforderung. Die Genehmiger machen deutlich, dass der Bürger, der Bauwerber, der Kunde nicht die erste Geige spielt. In Kitzingen wird ihm seine Position als Abhängiger verdeutlicht. »Kaiser« ist die Verwaltung, deren Aufgabe es eigentlich wäre alle Möglichkeiten auszuloten, um eine Genehmigung so zeitnah wie möglich zu realisieren, statt die Bauherren über 2 Jahre hinweg immer über neue Hindernisse springen zu lassen.

Scheitert das Projekt?

Diese Vorgehensweise, die kein Einzelfall ist, schadet dem Ansehen des Rathauses. Der OB betrachtet die Angelegenheit mit großem Abstand. Zum Eingreifen oder zu einer richtungweisenden Entscheidung als Behördenchef sieht er keine Veranlassung. Ihm scheint es auch egal zu sein, wenn das Projekt Mühlenpark nun scheitern sollte. Leidtragende wären die Kitzinger Senioren, aber auch die bauwilligen Familien, die fest mit einer positiven Entwicklung gerechnet haben.

IMPRESSUM

KIKERIKI

Einzige unabhängige und kostenlose Zeitung für den kritischen Bürger. Zu Risiken beim Lesen sowie zu Nebenwirkungen auf Ihre Weltanschauung fragen Sie Ihre KIK-Stadträte. Info unter: www.kik-kitzingen.de
ViSdP: Renate Haass, Tännigstr. 33
97318 Kitzingen

Die 26 Häuschen im Corlette Circle könnten nach einer Renovierung bald für Flüchtlinge zur Verfügung stehen.

KIK: Corlette Circle

kann Unterkunft für syrische Flüchtlinge bieten

Einen kleinen Teil der Flüchtlinge und Asylbewerber, die jährlich nach Deutschland kommen, versucht die Regierung von Unterfranken in Kitzingen unterzubringen.

Die Stadt Kitzingen, vertreten durch ihren Oberbürgermeister, ergriff zunächst auf Betreiben des Bürgermeisters Christof die Initiative und suchte das Gespräch mit dem Eigentümer der Liegenschaft Corlette-Circle. Dieser erklärte sich bereit die 26 Häuser der ehemaligen US-Siedlung zur Verfügung zu stellen. Seine Verhandlungen mit der Regierung von Unterfranken verliefen für beide Seiten zufriedenstellend und mit einem positiven Ergebnis für die Einrichtung einer Unterkunft für Asylbewerber und Flüchtlinge.

Stadtratsmehrheit gegen Flüchtlingsunterkunft?

Doch dann teilte der Oberbürgermeister der Regierung von Unterfranken schriftlich mit, dass die Mehrheit des Stadtrates das Vorhaben wohl nicht mittragen würde. Jedoch war diese Thematik vom Stadtrat nie abgestimmt worden und doch hatte er recht: Kaum war das Projekt bekannt geworden, traten Bedenkenträger auf den Plan, wahrscheinlich auch wegen des beginnenden Wahlkampfes. Diese Gruppe von Stadtratsmitgliedern aus verschiedenen Fraktionen verfolgt Argumente wie ein angeblich nicht vorhandenes Baurecht für den Corlette Circle, was auch noch falsch interpretiert und in der Öffentlichkeit unrichtig verbreitet wird. Manch einer spricht von »Ghettobildung«, die die Integration der Asylbewerber verhindere.

Mit Verlaub: Einem Flüchtling ist es sicher lieber in dieser zugegebenermaßen außerhalb der Stadt gelegenen Wohnsiedlung zu leben, als jeden Tag Gefahr zu laufen in seiner Heimat ums Leben zu kommen.

Dezentral oder zentral?

Die von SPD bzw. ÖDP vorgeschlagene dezentrale Unterbringung in verschiedensten Wohnungen innerhalb der Stadt ist eine organisatorisch äußerst langwierige Angelegenheit, die darüber hinaus der Zielsetzung der Regierung von Unterfranken zuwider läuft. Hier möchte man eine Unterkunft, die zumindest eine Anzahl von 50 Flüchtlingen aufnehmen kann, um die Rund-um-Betreuung durch Fachkräfte vor Ort und Deutschkurse effektiv organisieren zu können.

Corlette Circle ist geeignet

Sicher ist es keine leichte Aufgabe die Hilfe suchenden Menschen bei uns zu integrieren. Allerdings haben wir hier in Kitzingen die Chance den Flüchtlingen und Asylbewerbern im Corlette Circle relativ zeitnah eine sichere und menschenwürdige Unterbringung zu bieten. Die KIK würde sich dafür stark machen, dass dort eine Gruppe von 150 syrischen Flüchtlingen aufgenommen wird. Wer in den letzten Tagen die fürchterlichen Berichte aus deren Heimat verfolgt hat, weiß, dass dringend humanitärer Handlungsbedarf besteht. Kitzingen sollte hier so schnell wie möglich seinen Beitrag leisten!

KIKERIKI
ZEITUNG FÜR DIE KITZINGER BÜRGER

NR. 24
September 2013
KOMMUNALE INITIATIVE KITZINGEN

Die im April gegründete Gruppierung »*Quatruple Entente*« aus CSU, SPD, ÖDP und UsW-Stadträten verfolgt konsequent ihr Ziel der Wohnraumvernichtung in der ehemaligen US-Wohnsiedlung Marshall Heights. Aktueller Coup: Ein Ratsbegehren, das die Bevölkerung in tiefste Verwirrung stürzt!

BÜRGER MÜSSEN IM NEBEL STOCHERN

Stellungnahme der Initiative MARSHALL HEIGHTS zum Ratsbegehren:

Die Initiative Marshall Heights wollte im Frühjahr mit einem Bürgerbegehren erwirken, dass die Stadt ihr Erstzugriffsrecht auf die ehemalige US-Wohnsiedlung Marshall Heights wahrnimmt und in Kaufverhandlungen mit der BImA eintritt. Die Stadtratsmehrheit stimmte im April diesen Antrag nieder. (Lesen Sie mehr dazu unter: www.initiaive-marshall-heights.de)

In der selben Sitzung wurde jedoch ein gemeinsamer Eilantrag von CSU, SPD, UsW und ÖDP-Stadträten angenommen, der als Gegenentwurf ein Ratsbegehren bezüglich Marshall Heights zum Inhalt hat. Nun ist die Verwirrung in der Bevölkerung perfekt. Worum geht es eigentlich? Was will die Stadt?

Ratsbegehren: Keiner wird aufgeklärt

Die in diesem Ratsbegehren formulierte Fragestellung wird den Kitzingern am 22. September (zusammen mit der Abstimmung zum Bundestag) als Bürgerentscheid vorgelegt werden. Doch die Aufklärung der Bevölkerung darüber, welches Ziel in Sachen Marshall Heights jetzt konkret verfolgt wird, findet nicht statt.

Die Mehrheit aus CSU, SPD, ÖDP und Teilen der UsW hat das Ratsbegehren zwar durchgedrückt, aber dann kam nichts mehr. Gar nix. Selbst die Fragestellung wurde nicht bekannt gemacht. Offensichtlich will man sie den Kitzingern einfach so, ohne weitere Erläuterung, man muss schon sagen – hinwerfen. Wer Wähler zur Urne ruft und diese dann im Nebel stehen lässt, trägt kräftig zur allgemeinen Politikverdrossenheit bei.

Wir finden dieses Vorgehen schlichtweg unmöglich, ganz abgesehen davon, dass noch nicht einmal abzusehen ist, ob die Punkte, über die da abgestimmt werden soll, überhaupt umsetzbar sind.

Verkauft die BImA Teile der Marshall Heights?

Der durch das Ratsbegehren in die Wege geleitete Bürgerentscheid enthält z.B. die Frage, ob sich die Stadt Kitzingen am Bieterverfahren zum Erwerb von **Teilen der Marshall Heights** beteiligen soll. Sage und schreibe am 31. Juli 2013 wurde erstmals vonseiten der Stadt offiziell bei der BImA angefragt, ob diese überhaupt zu einem Teilverkauf bereit wäre. Die BImA-Vertreterin erklärte, dass man nach wie vor einen zeitnahen Verkauf der **Gesamtliegenschaft** anstrebe. Schließlich verwies sie die Entscheidung über einen Teilverkauf an die Chefetage in Bonn. Somit war die Verhandlung beendet – aber ohne greifbares Ergebnis. Wann die Entscheidung wohl kommt? Vor oder nach dem Bürgerentscheid? Und wie wird sie ausfallen? Möglicherweise stimmen die Bürger für einen Teilerwerb, der aber aus oben genannten Gründen eventuell gar nicht möglich ist. Es wäre kein Wunder, wenn sich da manch ein Kitzinger regelrecht vera... vorkäme. Viel chaotischer kann so eine Angelegenheit nicht laufen, da ist Kitzingen dank dilettantischer Führung einfach nicht zu toppen.

Wenn die Fraktionen, die das Verfahren veranlasst haben, den Bürger nicht informieren, wir tun es.

Also hier die

Fragestellung des Ratsbegehrens

Sind Sie dafür, dass

– Teile der ehemaligen US-Wohnsiedlung Marshall Heights in Kitzingen als Standort für Wohnen und nicht störendes Gewerbe stadtverträglich zur Gesamtstadt erhalten bleiben

– die Stadt Kitzingen sich am öffentlichen Bieterverfahren zum Erwerb von Teilen der Marshall Heights beteiligt

– und die nicht benötigten Flächen der Natur zurückgegeben werden?

Wie, so fragt sich die Initiative in Bezug auf die letzte Forderung, kann man Flächen der Natur zurückgeben (feinere Formulierung für »Wohnungen abreißen«), wenn sie einem gar nicht gehören, da man ja nur Teile erwerben will? Wie kann man die Bevölkerung darüber abstimmen lassen, ob Teile des Geländes erworben werden sollen, wenn man gar nicht weiß, ob die BImA dies überhaupt ermöglicht?

TERMINE

Nicht vergessen!!

Wir laden alle Kitzinger sehr herzlich ein

1. OKTOBER 2013
20:00 Uhr Deutsches Haus, Kitzingen
Aufstellungsversammlung des
KIK Oberbürgermeisterkandidaten CHRISTOF

25. OKTOBER 2013
19:30 Uhr Deutsches Haus, Kitzingen
Aufstellungsversammlung der
KIK Stadtratsliste

Anschließend bitten wir alle mit uns zu feiern
Jubiläum 30 Jahre KIK
Musikalisch umrahmt wird der Abend von der Kitzinger Band **THE FALCONS**

22. NOVEMBER 2013
19:30 Uhr Deutsches Haus, Kitzingen
KIK Bürgerforum Nr. 7

Öffentliches KIK-Treffen
Jeden Mittwoch um 20:00 Uhr
im Bürgerzentrum
in der Schrannenstraße 35
Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Wende in Sachen Stadthalle

CSU übernimmt KIK-Kurs

Die KIK hatte sich als einzige Fraktion vehement gegen den Plan von OB Müller gewandt auf dem Deusterareal eine Kombination aus Schulsport- und Veranstaltungshalle zu errichten.

Abgesehen davon, dass eine solche Kombination immer ein Kompromiss zu Lasten der optimalen Nutzbarkeit ist, war es schon bei der Vorstellung des Vorhabens ziemlich klar geworden, dass dort ein »Draufleger« sondersgleichen entstehen würde.

Die unterirdischen Stollen unter dem Gelände wurden ebenso ignoriert wie die Frage, wie und von wem (privat oder Stadt) eine solche Halle denn betrieben werden sollte. Auch der Vorschlag der KIK, bereits vorhandene Hallen, z.B. im Innopark, für Veranstaltungen anzumieten, wurde geflissentlich überhört.

Gemeinsam träumen

Die Verwaltung musste bei der eilig zusammengestellten Vorstellung des Projektes mit unzulänglichen und nicht belastbaren Zahlen operieren, um dem OB, der die Halle gerne als »Wahlkampfschlager« haben wollte, die Zustimmung der Fraktionen zu sichern. Die CSU ließ sich gerne einlullen, hatte sie doch schon früher immer wieder von einer Kitzinger Veranstaltungshalle geträumt. Auch die SPD, UsW und ÖDP verschlossen sich dem Vorhaben nicht, obwohl weder die sicher heikle Verkehrsanbindung über die Nordtangente (noch eine Ampel mehr), noch die Kosten für Parkplätze, Kanalbau u.ä. kalkuliert worden waren. Im Mai wurden mithilfe dieser Mehrheit 250.000 Euro in den Haushalt eingestellt, um eine Baugrunduntersuchung zu finanzieren.

Späte Erkenntnis

Im Laufe der Zeit sind anscheinend doch die Argumente der KIK durchgedrungen, dass Schulsport und Veranstaltungen in der gleichen Halle zu großen organisatorischen und logistischen Problemen führen und dass die zunächst veranschlagten Kosten von 5,2 Millionen Euro nicht zu halten sind, sondern eher doppelt so hoch ausfallen würden. Denn nun hat die CSU, die die Halle noch im Frühjahr auf der Prioritätenliste der Stadt sehen wollte, die Bremse reingehauen. Die Finanzierbarkeit einer eigenen Stadthalle wird nun angezweifelt. Plötzlich sieht man auch bei den Schwarzen die Potenziale, die die bestehende Halle im Innopark bietet, mit anderen Augen. Hätte man vor einem Jahr auf die KIK gehört, wären die Verhandlungen mit dem dortigen Besitzer schon längst im Gange und die Weichen richtig gestellt.

Öffentliches KIK-Treffen
Jeden Mittwoch um 20:00 Uhr im Bürgerzentrum in der Schrannenstraße 35
Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Diese Halle im Innopark kann nach der Sanierung des Gebäudes Veranstaltungen mit 600 Personen beherbergen und könnte von der Stadt für größere Events angemietet werden. Im Oktober soll der Stadtrat darüber befinden, ob er das Angebot des Innopark-Eigentümers annehmen will.

Forderung an die BImA:

Marshall Heights sollen erst 2014 ausgeschrieben werden

So langsam dämmert es wohl dem einen oder anderen Stadtrat, dass die Situation mit der ehemaligen US-Wohnsiedlung Marshall Heights völlig verfahren ist.

Mit knapper Mehrheit wurde das Bürgerbegehren, das die Wahrung des sogenannten »Erstzugriffsrechtes« zum Ziel hatte, im April als unzulässig abgelehnt. Doch wäre es nicht intelligenter gewesen sich der Forderung dieses Bürgerbegehrens anzuschließen? Die Vorteile einer solchen Vorgehensweise sind aber dahin:

1. Dem Willen der Kitzinger, dokumentiert in 1900 Unterschriften, wäre Rechnung getragen worden.
2. Die Stadt hätte bei einem möglichen Erwerb nicht in Konkurrenz zu anderen Bietern treten müssen.
3. Der Stadtrat hätte 1 Jahr lang Zeit gehabt mit der BImA über den Preis zu verhandeln und die Planung voranzutreiben.

Kitzingen hat keinen Plan

Aber das mit der Planung ist offensichtlich das große Problem – denn die Stadt Kitzingen hat keinen Plan, bis heute nicht! Die Stadtratsmehrheit weiß eigentlich nur, was sie **nicht** will, nämlich renovierte Häuser und Wohnungen in den Marshall Heights.

Jetzt lässt man zwar die Kitzinger am 22. September über einen von Stadträten von CSU, SPD, ÖDP und UsW formulierten Bürgerentscheid (siehe auch Frontseite) abstimmen, aber welche von den Gebäuden der Marshall Heights man eventuell kaufen will und für welchen Zweck, darüber schwiegen sich diese Mandatsträger bisher vollständig aus.

Falls die BImA bei ihrer ursprünglichen Haltung bleiben sollte und nur das Gesamtareal ausschreibt und an einen Investor verkauft, ja dann ... ist es planungstechnisch ebenfalls zappenduster!

Zeit schinden heißt die Devise

Jetzt versucht OB Müller Zeit zu schinden bis zum nächsten Jahr. Die BImA soll die europaweite Ausschreibung des Areals noch einmal verschieben bis ... Kitzingen in die Pötte kommt. Und das kann bekanntlich dauern. Denn was denn nun in den Marshall Heights entstehen soll/kann/darf, wenn ein Investor zugreifen sollte (denn auf die Planungshoheit legt man bei der Stadt schon größten Wert), dafür gibt es bis jetzt nicht einmal den Ansatz eines Entwurfes. Aber es sind ja auch erst 7 Jahre vergangen, seitdem die Amerikaner abgezogen sind. Wir gratulieren OB Müller zu dieser grandiosen Leistung!

Mittlerweile hat die BImA die Stadt in Zugzwang gebracht und fordert bis zum 22.9. konkrete Pläne zu den gewünschten Flächen. Dieser Forderung kann die Stadt nicht nachkommen, weil weder Pläne noch ein entsprechender Stadtratsbeschluss existieren.

Stellen Sie sich vor es ist Wahl und keiner lässt sich wählen!

Ein Kommentar von Renate Haass

Es ist kein Geheimnis, dass alle Parteien personell immer mehr ausbluten. Es fehlt zunehmend an Bürgern, vor allem der jüngeren und jungen Generation, die sich in der (Kommunal)Politik engagieren möchten. Dabei wäre es höchste Zeit, dass sie ihre Zukunftsvorstellungen in die Parlamente einbringen.

Politisches Engagement ist *out* – abfällig über Politiker reden ist *in*

»Die wollen ja nur ihren Posten«, *»einen Vorteil ziehen«*, *»bringen nichts auf die Reihe«* und ähnliche Urteile sind allgegenwärtig. Mit ***denen*** will man am besten nichts zu tun haben. Dabei sind die in den Kommunalparlamenten tätigen Stadt- und Gemeinderäte nichts anderes als ehrenamtlich für die Gesellschaft tätige Bürger (also ein Teil des »Wir«).

Zunehmend schwierig gestaltet sich für die politischen Gruppierungen das Aufstellen einer Kandidatenliste, z.B. auch für die anstehende Stadtratswahl im März 2014. Viele Mitbürger werden gefragt, ob sie sich engagieren möchten – und wie oft kommt eine Abfuhr mit der Begründung: *»Das ist mir zu viel Arbeit, dafür habe ich keine Zeit.«* Also bleibt es wieder überwiegend bei den altbekannten Kandidaten.

»Wählerisches« Konsumverhalten

Passiv ist das Verhalten des Wahlvolkes, selbst etwas machen – auf keinen Fall! Von den aufgestellten Kandidaten aber erwartet man viel. Man will umworben werden, wartet auf »Angebote«, fast wie im Supermarkt: *»Wenn Sie mich wählen, dann bekommen Sie ...«*

Obwohl man ***denen*** ja eigentlich nichts glaubt, werden die regelmäßig auf dem Marktplatz dargebotenen Blumen-, Müller-Thurgau- und andere nette Wahlgeschenke gern entgegengenommen. Bietet eine Gruppierung wie die KIK nur Information in Form von Flyern, wird man nicht selten mit einem *»Gell, bei Euch gibt´s nix«* konfrontiert. Aussagen zu politischen Vorstellungen sind anscheinend »nix«. Sie sind zugegebenermaßen mitunter mühsam zu lesen und haben deshalb offensichtlich nur geringen Marktwert.

Da ist es schon lustiger, wenn die lokale Presse sich seitenlang über Frisuren, Krawattenfarbe und Gesichtsausdruck auf Wahlplakaten auslässt oder nach dem Lieblingsessen fragt. Kandidaten könnten aber auch ein Badewannenfoto mit Schwimmente von sich posten, Tausende von Klicks wären ihnen gewiss. Alles ist erlaubt, bloß bitte nicht zu viel Ernsthaftigkeit. Politik - bäh! So trocken, so wenig unterhaltsam. Die Forderung von Medien und Wählern: *»Bitte umreiße Deine Vorstellungen für die Zukunft der Stadt Kitzingen – aber mehr als 5 Sätze sollten es nicht sein«*, ist schlicht nicht zu erfüllen, also Flucht des Befragten in Allgemeines. Prompte Reaktion: *»Oh, das sind jetzt aber nur Allgemeinplätze. Naja, typisch Politiker!«*

Was wäre, wenn ...

... ja, wenn die »Altgedienten« (*»Es kandidieren ja immer nur die selben,«* klagt der Wähler) von all dem genug hätten und sich auch verweigerten? Eine Wahl wird anberaumt, aber es gibt keine Kandidaten. Vertreten Sie die Meinung, dann gäbe es halt kein Parlament, keinen Stadtrat, ist auch nicht schlimm?? Wären Sie damit einverstanden demokratische Institutionen einfach so sterben zu lassen? Institutionen, für die gerade in diesen Tagen so viele Leute in anderen (diktatorischen) Ländern kämpfen und sich für dieses Ziel sogar erschießen lassen! Wo ist der gesellschaftliche Konsens geblieben, dass unsere demokratisch und frei gewählten Gremien eine wertvolle Errungenschaft sind? Warum will die große Mehrheit der Bevölkerung in der politischen Arbeit nicht aktiv mitmachen?

Es ist genug geschimpft, genölt und gemeckert ...

.... sich drücken, gilt nicht. Jetzt heißt es Ärmel hoch krempeln und handeln. Engagieren Sie sich für unsere Stadt!

SPD im Schlingerkurs

Das Anliegen der Initiative Marshall Heights den Wohnraum der ehemaligen US-Wohnsiedlung zu bezahlbaren Preisen an interessierte Bürger zu verkaufen, wurde in der Sitzung vom 11.4.2013 mit allen Mitteln madig gemacht. Die SPD-Vorsitzende Endres-Paul sprach gar davon, dass *»dort oben alles verseucht ist«* (was nicht stimmt). Warum aber unterschreibt sie dann zusammen mit ihren Genossinnen Glos und Kahnt das Ratsbegehren, das einen Teilerwerb von (verseuchten oder nun plötzlich nicht mehr verseuchten?) Gebäuden vorsieht?

Ähnlich inkonsequent verhält sich die SPD-Riege regelmäßig bei den alljährlichen Haushaltsberatungen. Da liest die Vorsitzende seitenweise Einwände der SPD gegen den Haushaltsentwurf vor, um am Schluss anzukündigen, dass ihre Fraktion *»zwar mit Bauchschmerzen«*, aber trotz aller aufgelisteten Mängel **für** den Haushalt stimmen wird. Ganz nach dem Motto: Immer schön im Mainstream mitschwimmen, Konsequenz zeigen ist zu anstrengend!

Ergebnis gleich Null

Stillstand ist keine Option für Kitzingen

Nach 5 1/2 Jahren Amtszeit muss OB Müller nun ein erbärmliches Ergebnis vorlegen: In Kitzingen wurde nichts vorangetrieben. Null.

Wir könnten mühelos die Zeitungsinhalte der KIKERIKI von 2008 abdrucken und kaum einer würde bemerken, dass es sich um Artikel von damals handelt:

Projekt XY ungelöst

Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes einschließlich P&R Stellplätze, Beseitigung der Ruine Marktcafé, Innenstadtkonzept, Kanalsanierung, die langfristige Optimierung der Kläranlage, Lösung des Problems Zweckvereinbarung Kläranlage mit den Partnergemeinden, etc. etc. All diese städtischen Problemfälle (und nicht nur die) stauen sich in der Projektpipeline der Stadt. OB Müller verweist stolz auf die immerhin erfolgreiche Durchführung der Kleinen Gartenschau »Natur in Kitzingen«, aber selbst die wurde von seinem Amtsvorgänger Moser in die Wege geleitet. Ganz abgesehen davon ist die Abrechnung der NIK immer noch nicht abgeschlossen, wodurch ein nicht unerheblicher Teil der Zuschüsse noch nicht abgerufen wurde, was sich negativ auf die Stadtkasse niederschlägt.

Konversion als Ausrede

»Die Konversion nimmt so viel Zeit der Verwaltung in Anspruch«, klagt der OB. *»Deshalb mussten wir so Vieles liegen lassen!«*

Was bitte schön, fragt sich der informierte Bürger, hat denn die Stadt in Sachen Konversion getan? Sie hat sich weder für die Flak-Kaserne noch für den Flugplatz irgendwie ins Zeug legen müssen. Die BImA hat die beiden Flächen ausgeschrieben und dann verkauft. Gleiches gilt für den Richthofen-Circle und den Corlette-Circle. Die Nutzungskonzeptionen und Bebauungspläne waren bzw. sind Sache der neuen Eigentümer. Zugegeben: Die Verwaltung muss in Zusammenarbeit mit diesen den städtebaulichen Vertrag erarbeiten, aber kann das zur gänzlichen Blockade anderer Vorhaben führen? Die ehemalige US-Wohnsiedlung Marshall Heights ist – wie an anderer Stelle schon beschrieben – noch völlig unbearbeitet (das ISEK-Gutachten hierzu wurde ebenfalls noch von OB Moser in Auftrag gegeben).

Die Zeit ist um

Also: Woran liegt es, dass die Zeit wie Wasser durch die Hände Müllers geronnen ist und nichts wirklich angegangen oder gar zum Abschluss gebracht wurde? Ein Grund hierfür ist sicherlich sein Unvermögen konzeptionell und zielgerichtet zu arbeiten, aber auch seine Führungsschwäche macht ihm und der Verwaltung schwer zu schaffen.

Fazit: Nur ein netter Kerl zu sein genügt nicht, um sich auf dem OB-Sessel behaupten zu können. Die vielfältigen Aufgaben eines Stadtoberhauptes sind nicht einfach und erfordern Kraft und Durchsetzungsvermögen, klares strukturiertes Vorgehen, umfassende Informiertheit, zukunftstauglich angelegte Konzeptionen und viel Fachwissen. Da gibt´s nur eins:

Am 16. März 2014

CHRISTOF *wählen!*

Wo bleibt das KITZINGER MANIFEST?

Am 16. März 2014 werden ein neuer Oberbürgermeister und ein neuer Stadtrat gewählt. Sie sollten sich als Kitzinger Bürger aber nicht darauf beschränken, ihr Wahlkreuz zu machen, vielmehr wäre es an der Zeit sich aktiv einzumischen!

Viele Bürger in Deutschland finden sich mittlerweile zusammen und fordern ganz konkret vor den Wahlen, welche Themen ihrer Meinung nach vorranigig von der Politik zu behandeln sind und welche Ziele erreicht werden sollen.

Beispiele hierfür sind:

Die Wende – Energie in Bürgerhand

http://www.die-buergerenergiewende.de/5-minuten-info/

oder

http://www.rueckenwind-bayern.de

oder

DAS GENERATIONENMANIFEST

http://www.GenerationenManifest.de

Aber wo bleibt das KITZINGER MANIFEST, mit dem die Kitzinger ihre Vorstellungen für die Zukunft formulieren und vom Stadtrat einfordern??

Entscheidungen zur Entwicklung unserer Stadt werden nicht zuhause oder an Stammtischen getroffen, sondern im Rathaus. Mischen Sie sich ein, schließen Sie sich zusammen, sagen Sie, wo der Schuh drückt!

Auf der KIK Webseite http://www.kik-kitzingen.de finden Sie die Möglichkeit, z.B. im Gästebuch Ihre Ansichten zur Diskussion zu stellen oder schreiben Sie uns unter info@kik-kitzingen.de

Das bisschen Haushalt ...

Nachdem sich die Beratungen aufgrund einer mangelhaften Vorbereitung wie Kaugummi in die Länge gezogen hatten, passierte der Haushalt für 2013 endlich im Mai den Stadtrat. Schon im Juni ließ das Landratsamt als vorgesetzte Behörde wissen, dass dieser städtische Haushaltsplan nicht genehmigungsfähig sei. Moniert wurden die beabsichtigten weiteren Kreditaufnahmen in Höhe von 2,2 Mio für 2014. Auch wies man darauf hin, dass die (im städtischen Haushalt nicht auftauchenden) Schulden der Stadtbetriebe und der Bau GmbH in Höhe von 23,8 Mio Euro im Gegensatz zur Meinung des OB gar wohl zum Gesamtschuldenstand einer Stadt gezählt und berücksichtigt werden müssen.

Im neuesten Flyer der Stadt ist der Schuldenstand pro Kopf mit 677 Euro angegeben, was einer vorsätzlichen Täuschung der Bürger nahe kommt. Eigentlich müssten dort 1.768 Euro stehen. Diese Zahl macht sich im Wahlkampf gar nicht gut, zumal der »Finanzfachmann Müller« doch den Schuldenabbau auf seine Fahne geschrieben hatte. Jetzt wurde ihm vom Landratsamt ein »Ziel verfehlt« bescheinigt.

Innovationsstadt Kitzingen??

Auf diesem Gelände neben der Frankenguss will ein Privatmann seit 2 Jahren eine innovative Power-to-Gas-Anlage errichten

»... *Schützenswertes und Bewährtes wollen wir bewahren, modernen Entwicklungen offen gegenüberstehen und dabei dem Fortschritt den Weg ebnen*«. Dies ist ein Satz aus dem Leitbild der Stadt Kitzingen, mit dem sie sich im Internet vorstellt. Doch Stadt Kitzingen und Stadtrat handeln im vorliegenden Fall exakt gegen ihre eigene Aussage!

Seit mehr als 2 Jahren kämpft ein privater Investor dafür, eine sogenannte »Power-to-Gas« (zu Deutsch: »Strom zu Gas«) Anlage in Kitzingen bauen zu dürfen. Das Vorhaben ist ein wirklich innovatives Projekt, das Stromüberkapazitäten aus z.B. Windkraftanlagen, die nicht in das Netz eingespeist werden können, nutzt, um unter Verwendung von CO_2 Gas herzustellen.

Als idealen Standort ergab sich ein Bereich im Gewerbegebiet Großlangheimer Straße. Dort besitzt der Antragsteller eine landwirtschaftliche Fläche, wo nicht nur direkte Anschlüsse an eine Erdgasleitung und Starkstromkabel bereits vorhanden sind, sondern auch eine kurze, direkte Verbindung zur Gießerei der Frankenguss besteht. Bei der Produktion der Gießerei fallen ca. 60.000 Tonnen CO_2 pro Jahr an. Wenn die »Strom zu Gas« Anlage dort gebaut werden dürfte, könnte zukünftig die Atmosphäre von diesen CO_2-Mengen befreit werden. Das Zusammentreffen der drei notwendigen Voraussetzungen gerade auf diesem Areal ist ein Glücksfall, der nicht nur dem Klima eine Chance gäbe, sondern auch der notwendigen betriebswirtschaftlichen Rentabilität von neuen Energieformen.

Leider verweigert die Verwaltung die Umwidmung der anvisierten Fläche von landwirtschaftlicher Nutzung hin zum Industriegebiet und verhindert damit, dass ein wirklich innovatives Projekt in Kitzingen entstehen kann.

STROM ZU GAS

bezeichnet man die Umwandlung von elektrischem Strom in Erdgas zwecks Zwischenspeicherung zum Ausgleich der zeitlichen Unterschiede zwischen der Stromgewinnung und dem Stromverbrauch. Insbesondere bei Strom aus erneuerbaren Energiequellen wie Windrad oder Solarzelle ist das notwendig. Auf neudeutsch wird dieser technische Prozess als »power to gas« bezeichnet. Da das Erdgasnetz in Deutschland durchschnittlich nur zu 1/3 ausgelastet ist, ergibt sich eine kostengünstige und umfangreiche Speichermöglichkeit .

Die Umwandlung ist ein sehr komplexer Vorgang, bei welchem

- in einem 1. Schritt über die Elektrolyse Wasser (H_2O) in Wasserstoff (H_2) und Sauerstoff (O_2) gespalten wird. Den Wasserstoff kann man z.B. mit einer Brennstoffzelle zum elektrischen Antrieb von Autos verwenden.

– In einem 2. Schritt wird bei Vorhandensein von ausreichendem Kohlendioxid (CO_2) der Wasserstoff mit diesem CO_2 zu Erdgas (CH_4) weiterverarbeitet. Das Erdgas (Methan=CH_4) kann nach einer Reinigung problemlos entweder in Fahrzeuge mit Gasanlage getankt oder einfach in das bereits vorhandene Erdgasnetz eingespeist werden.

Ständig aktuell
Der informativste Internetauftritt in Sachen Kitzinger Kommunalpolitik
www.kik-kitzingen.de